Bericht über die Entwicklung in Polen

September 1958

Seite:

A. Innere Entwicklung 1

I. Politische Ereignisse 1

1) Position GOMULKAs in der Partei 1

2) Jahrestag des Kriegsausbruches in Polen 2

3) Verstimmung über die SPD in Warschau 4

4) Aus den Parteiproblemen 6

a) "Demokratischer Zentralismus" 6

b) Aktuelle Probleme der Parteiarbeit 7

5) Stabilisierung des Jugendverbandes 9

II. Wirtschaft 11

1) GOMULKA auf dem Erntefest 11

2) Ein unsozialer Wohnungsbau 14

III. Soziale Probleme 16

1) Beschäftigungslage in Polen 16

2) Schulbau - das dringlichste Problem des Schulwesens 16

3) Neue Stipendienordnung für Hochschulstudenten 17

4) "Reservate" der Intelligenz 17

B. Polen und Ausland 18

Wirtschaftliche Zusammenarbeit Polens mit den Ostblockstaaten 18

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Position GOMULKAs in der Partei

Es sind jetzt fast zwei Jahre vergangen seit dem "polnischen Oktober", der damals GOMULKA an die Macht und der Bevölkerung viele Hoffnungen brachte.

Vor knapp zwei Jahren durfte GOMULKA auf die uneingeschränkte Unterstützung der Massen rechnen. Aber gleichzeitig war seine Position in der Partei mehr als unsicher. Eine immer noch starke Gruppe von Stalinisten führte gegen ihn einen hinterhältigen Kampf und wurde dabei von Moskau zumindest moralisch unterstützt. Auf dem linken Flügel der Partei hat man ungeduldig und voller Mißtrauen die Unentschlossenheit GOMULKAs beobachtet, da er in vielen Fragen eine andere Haltung einnahm, als es die "Revisionisten" von ihm erwartet hätten.

Auch innerhalb der Koalition im Zentralkomitee - auf die sich GOMULKA stützte - gab es zumindest eine Gruppe, die den Oktober anders "interpretieren" wollte als GOMULKA selbst: Der rechte Flügel der GOMULKA-Koalition. Das war die Gruppe um das Politbüromitglied Roman ZAMBROWSKI, der sich selbst nur zögernd und im letzten Augenblick dem Oktober angeschlossen hat und in manchen Fragen eine Haltung einnahm, die den Ansichten der Stalinisten entsprach. Aber die Stalinisten der Natolin-Gruppe haßten ZAMBROWSKI wegen seines "Überlaufens" ins feindliche Lager. Und außerdem trennte die Gruppe um ZAMBROWSKI, trotz einer gewissen Gesinnungsverwandschaft in der Beurteilung der allzu liberalen Politik der Oktobermänner, eine tiefe Kluft von der Natolin-Gruppe: ZAMBROWSKI war jüdischer Abstammung und nicht besonders moskaufreundlich nach dem Oktober, während die Stalinisten ausgesprochen antisemitisch eingestellt und moskauhörig waren.

Außerhalb der Regierungskoalition gab es an den beiden äußersten Flügeln Gruppen, die GOMULKA scharf bekämpften oder doch zumindest vieles an ihm auszusetzen hatten: Die Stalinisten und Revisionisten. Innerhalb der GOMULKA-Koalition gab es die Gruppe der Zambrowski-Anhänger, die den Oktober nicht offen bekämpften, ihn aber anders "interpretieren" wollten. Dazu gab es in vielen anderen Fraktionen der Regierungskoalition auch noch Bedenken über manches im Handeln GOMULKAs. Die Lage war für ihn so schwierig, daß er den ursprünglich für Dezember 1957 vorgesehenen Parteitag immer wieder

verschieben musste. Bis jetzt ist es noch nicht sicher, wann er stattfinden wird.

GOMULKA mußte zum Teil aus eigener Überzeugung, zum Teil unter dem Druck verschiedener Fraktionen in der Partei und endlich unter dem viel gefährlicheren Druck von außen eine Position nach der anderen räumen. So kam es, daß nach 22 Monaten die aktuelle Parteilinie vielmehr den Ansichten der ZAMBROWSKI-Gruppe und des Zentrums der GOMULKA-Koalition entspricht, als der ursprünglichen Interpretation des Parteichefs selbst. Heutzutage gibt es kaum noch Reibungsflächen in der ZK-Gruppe auf die sich GOMULKA stützt. Die abweichenden Interpretationen haben sich angeglichen und in den wichtigsten Fragen herrscht jetzt Übereinstimmung bei den führenden Männern des Regimes, unter denen sich neben GOMULKA der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ, der ehem. I. Sekretär und derzeitige Landwirtschaftsminister OCHAB sowie der erwähnte ZAMBROWSKI befinden.

Diese Angleichung der Ansichten führte zum Nachlassen der internen Kämpfe, die meist gegen den Parteichef gerichtet waren. So ist die paradoxe Situation entstanden: Konzessionen brachten für GOMULKA Stärke. Seine Position in der Parteispitze war noch nie so stark wie jetzt.

Ein weiterer Grund für die gefestigte Position GOMULKAs in der Parteispitze ist die Tatsache, daß er endlich wieder in die Familie der Verbündeten Moskaus "in Ehren" aufgenommen wurde. Wohl gibt es hier und da noch Verstimmungen und Voreingenommenheiten, wohl spricht man z.B. noch davon, daß ULBRICHT GOMULKA persönlich nicht leiden kann, wohl zeigen auch die Bulgaren den Oktobermännern gegenüber noch eine ziemlich steife Haltung, aber was hat das alles schon zu bedeuten. GOMULKA sonnt sich augenblicklich in CHRUSCHTSCHOWS Gunst...

2) Jahrestag des Kriegsausbruches in Polen

Am 1.September 1958 beging man in Polen - wie gewöhnlich - den Jahrestag des Kriegsausbruches. Am gleichen Tag widmete die parteiamtliche "Trybuna Ludu" den Erinnerungen an die Tage vor 19 Jahren einen Leitartikel.

"Die Freiheit brachten uns die Rote Armee und die mit ihr marschierenden Truppen der I. polnischen Armee", betonte das Blatt, fügt allerdings hinzu: "Der Sieg im letzten Krieg wurde durch das Zusammengehen der Großmächte der Anti-Nazi-Koalition erreicht. Das Zustandebringen einer

solchen Koalition war ein deutlicher Beweis dafür, daß im Kampf um den Frieden in Europa und der Welt eine Zusammenarbeit der Länder mit verschiedenen politischen Systemen möglich ist."

"An diesem Tage" - schreibt "Trybuna Ludu" - "ist es besonders zweckmässig daran zu erinnern, daß im westlichen Teil Deutschlands die Kräfte, die damals die Aggression gegen Polen führten, nicht entmachtet sind. Trotz aller nett klingenden Worte, trotz der Versuche, die Gefahr zu verniedlichen, ist sie keineswegs verschwunden."

Führende Parteimitglieder hielten in verschiedenen Städten Polens am 1. September Ansprachen an die Bevölkerung. Das Politbüromitglied Jerzy MORAWSKI führte das Wort in Danzig:

"Polen zog", - so meinte er - "aus dieser schrecklichen Geschichtslehre die richtigen Konsequenzen, die für uns die Septemberniederlage, der Krieg und die Nazibesetzung Polens war. Was damals die Ursache für Schwäche, Vereinsamung und Niedergang war, wurde jetzt für alle Mal weggeworfen...
Heute steht Polen nicht mehr allein und nur auf eigene Kräfte angewiesen. Unsere Sicherheit und die Unantastbarkeit unserer Grenzen wird außer von unseren Streitkräften auch von unseren Verbündeten und vor allem durch die mächtige Sowjetunion garantiert."

In Anknüpfung an den Lieblingsplan GOMULKAs sagte MORWASKI:

"Wir wollen auf der Grundlage gegenseitiger Interessen mit allen Ländern unabhängig von ihrem System - also mit unseren Ostseenachbarn Schweden, Finnland, Dänemark und anderen Ländern- in Frieden zusammen leben und zusammen arbeiten."

Eine betonte Verbeugung machte MORAWSKI vor dem westlichen Nachbarn Polens:

"Unser Volk betrachtet mit dem Gefühl der Sympathie und Solidarität die Bemühungen der SED und der Regierung der DDR, die auf eine weitere Entwicklung des Sozialismus in diesem Lande, auf die Festigung ihrer Wirtschaft und auf die Überholung der Bundesrepublik auf dem Gebiet der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion gerichtet sind...

Wie anders sieht es in der Bundesrepublik aus, wo die kapitalistischen Konzerne, dieselben, die vor 25 Jahren Hitler in den Sattel geholfen haben, jetzt immer noch einen entscheidenden Einfluß ausüben.
Die Bundeswehr wird weiter ausgebaut, und am 23. März 1958 beschloß der

Bundestag, sie mit Atomwaffen auszurüsten. Das ist eine offene Manifestation der aggressiven Absichten. Wie vor 20/25 Jahren das Gespenst des Krieges, so kommen sie jetzt wieder hervor."

3) Verstimmung über die SPD in Warschau

Die Rede, die der Parteivorsitzende Erich OLLENHAUER am Vortage des 1. September in Rothenburg ob der Tauber gehalten hat, brachte die Warschauer Politiker in eine offen zu Tage tretende Verstimmung. Obwohl von Erich OLLENHAUER auf der sudetendeutschen Tagung nichts gesagt worden ist was nicht in der einen oder anderen Form von der SPD zu dem Fragenkomplex bei früheren Anlässen bereits gesagt worden wäre, bewies die Warschauer Reaktion die besondere Empfindlichkeit der Polen in solchen Fragen. Eine erste Antwort gab der stellvertretende Verteidigungsminister Polens, Janusz ZARZYCKI. Er ist der Leiter der politischen Erziehung, und als ein politischer General steht er sowohl in der Politik als auch im militärischen Leben. D ie Ausführungen des Parteivorsitzenden OLLENHAUER veranlassten ihn zu einer "Sonderaktion". In einer Rede verstieg sich ZARZYCKI zu der Behauptung, die unerläßliche Bedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik.

Als diese Formulierung den maßgebenden Vertretern von Regierung und Partei bekannt wurde, waren sie verblüfft. Der unbesonnene General hatte seine Kompetenzen überschritten und wie ein Elefant im Prozellanladen gegen die aktuellen Richtlinien der polnischen Außenpolitik verstoßen. In Warschau sorgte man dafür, daß die Affäre vertuscht wurde, was aber nur zum Teil gelang. Auf jeden Fall brachte die gesamte polnische Presse nur einen kleinen Ausschnitt der Rede ZARZYCKIs, in dem die inkriminierten Formulierungen nicht vorhanden waren.

Warschau glaubte, damit wäre der Fall erledigt. Gleich am nächsten Tage brachte aber die Presse in der Bundesrepublik die Stellungnahme des Parteivorstandes der SPD. In Warschau hat man diese schnelle Reaktion des Parteivorstandes sehr bedauert. "Hätte man sich bei den Sozialdemokraten nicht so sehr beeilt, meinte ein Warschauer Politiker, so wäre über diesen Punkt keine Diskussion entstanden, weil wir uns von ZARZYCKI sofort distanziert haben."

Am 4. September hielt der polnische Außenminister Adam RAPACKI eine Ansprache an die Bevölkerung. Der ganze Fragenkomplex wurde von ihm noch einmal besprochen. Laut "Glos Pracy" vom 5. September sagte er u.a.:

"Wir wissen, daß es auch in der Bundesrepublik Kräfte gibt, die für den Frieden und gegen die Wiederaufrüstung eintreten. Nicht diese Kräfte aber entscheiden. Auf die Politik der leitenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik haben in der Hauptsache die militaristischen und revisionistischen Elemente Einfluß...

Leider ist die Haltung der SPD mit der der Rechtfertigung für den Militarismus und Revisionismus gleichbedeutend. Das Kapitulantentum der führenden Kräfte der SPD gegenüber den Kräften des Militarismus und der Revanche hat schon in der Vergangenheit schwere Niederlagen für die SPD und das ganze deutsche Volk verursacht. Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer weiß ähnlich wie alle anderen klar denkenden Politiker im Westen ganz genau, daß die Grenze an der Oder-Neiße eine unabwendbare Tatsache ist. Trotzdem hält er es für opportun, den illusionären und gefährlichen Hoffnungen und Erwartungen der revisionistischen Kreise zu schmeicheln. Das geschieht in einer Zeit, in der die zentrale Aufgabe aller Völker - unter ihnen auch des deutschen Volkes - der Kampf gegen den Atomtod ist. Die Arbeiterklasse wird dieses Verhalten selbst verurteilten. Was uns betrifft, so können wir noch einmal feststellen, wie richtig unsere Politik, die sich auf das Bündnis mit der SU und den sozialistischen Staaten stützt, war und ist. Wir konnten noch einmal zu der Einsicht kommen, wie richtig es war, daß wir der Existenz und dem Wohlergehen der DDR einen so großen Wert beigemessen haben, und wie richtig es war , unsere Freundschaft und Zusammenarbeit mit der DDR zu stärken...

Die letzten Auftritte der SPD-Leitung sind dazu angetan, den Zweifel zu vertiefen, ob es für den Frieden und die Sicherheit Europas nützlich sein würde, wenn unter den gegebenen Verhältnissen eine Wiedervereinigung Deutschlands zustande gebracht würde. Die heutige Situation brachte es nämlich zutage, daß nicht nur die regierende Partei Adenauers, sondern auch die größte oppositionelle Partei dem deutschen Revisionismus ihre aktive Unterstützung verspricht. Eine unersetzliche Bedingung des Fortschritts auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands als eines demokratischen und wirklich friedlichen Staates ist die ernste Verstärkung und Konsolidierung der Kräfte in Westdeutschland, die für den Frieden eintreten."

4) Aus den Parteiproblemen

a) "Demokratischer Zentralismus"

Dem Problem der zentrifugalen und zentralistischen Strömungen in der Kommunistischen Partei Polens widmet die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 5. September einen Artikel.

Das Blatt erinnert an das Parteistatut, in dem es heißt, daß sich der organisatorische Aufbau der Partei auf den demokratischen Zentralismus stützt. Dieser Begriff umfaßt demokratische Wahlen der Parteifunktionäre, die Pflicht der Berichterstattung vor den Parteiorganisationen, aber auch das Prinzip, die Parteidisziplin einzuhalten und sich den Beschlüssen der Mehrheit zu beugen.

> "Es gab eine Zeit, in der die Hauptbetonung auf dem Wort 'Zentralismus' lag, und man nur all zu oft das Adjektiv 'demokratisch' vergaß. In jenen Zeiten war es an der Tagesordnung, daß nicht nur die Sekretäre, sondern ganze Parteibehörden von oben nominiert wurden. Die Abstimmung war dann nur ein rein formaler Akt. Aber diese Zeit gehört der Vergangenheit an. In den letzten Jahren hat man viel zur Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie und der Wählbarkeit der Parteiinstanzen getan."

Zu dieser Entwicklung gesellte sich aber eine Tendenz, die das Blatt offensichtlich beunruhigt:

> "Bei Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie in der Partei ist es nicht ausgeblieben, daß man oft ein anderes Extrem gewählt hat und das Prinzip des Zentralismus vergaß...
> Wir haben noch ganz frisch die Zeit in Erinnerung, in der ein großer Teil der Menschen, die sich als Parteimitglieder betrachteten und ein Parteibuch besaßen, es nicht für nötig hielten, sich den Parteibeschlüssen, die doch von der Mehrheit akzeptiert waren, unterzuordnen, sondern einen regelrechten Kampf gegen diese Beschlüsse führten."

Auch heute noch gebe es in der Partei Anhänger der Demokratie aber ohne Zentralismus. Gegen diesen Zentralismus hätten diese Leute prinzipiell nichts einzuwenden, solange er sie nicht in der Bewegungsfreiheit einschränke und die oberen Instanzen keinen Gebrauch davon machen:

> "Sie meinten, es komme zu Kurzschlüssen, wenn die oberen Instanzen aus verschiedenen Gründen in die Kaderfrage einzugreifen gezwungen sind und Veränderungen auf den Posten der Sekretäre und Exekutivmitglieder der

niedrigeren Instanzen vornehmen. Dann ertönt der Chor: Wir wollen keine Leute, die man uns in Aktentaschen gebracht hat.
Natürlich - meint das Blatt - darf solche Einmischung nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden. Die Aufgaben der höheren Instanzen ist es, die Mitglieder der in Frage kommenden Parteiinstanz von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß sie die Veränderungen in ihrer Zusammensetzung vornehmen. Man kann aber nicht endlos überzeugen. Einmal kommt der Augenblick, in dem man im Interesse der Partei einen Entschluß fassen muß. Die höhere Instanz kann sich dieser Pflicht nicht entziehen."

Die Ausführungen des Blattes schließen mit der Feststellung, daß alle Organisationen und Behörden der Partei selbständig Beschlüsse fassen, die sich auf ihren Tätigkeitsbereich beziehen. Sowohl diese Beschlüsse als auch die tägliche Arbeit der Instanzen dürfen aber auf keinem Fall der allgemeinen Linie der Partei und den Beschlüssen der höheren Parteibehörden widersprechen. Die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie in der Partei darf nur bei der gleichzeitigen Festigung des Zentralismus, der Autorität der Parteiinstanzen und der Disziplin in den Parteireihen erfolgen.'

Der Artikel spiegelt die Tendenz wider, die man seit einer gewissen Zeit in der Partei beobachtet. GOMULKA sitzt fest im Sattel und nun zieht er die Zügel, die er nach dem Oktober lose hängen lassen musste, mächtig an. Die vor ein paar Wochen erfolgte Absetzung des Warschauer Parteisekretärs PAWLAK ist der beste Beweis dafür.

b) Aktuelle Probleme der Parteiarbeit

Auf der Plenarsitzung des Wojewodschaftskomitees in Breslau hielt das Politbüromitglied Roman ZAMBROWSKI eine Ansprache über aktuelle Probleme der Parteiarbeit. Diese Ansprache wurde Anfang September in der Zeitschrift "Zycie Partii" veröffentlicht.
Ausgangspunkt der Überlegungen ZAMBROWSKIs ist die Feststellung, daß die Parteiorganisation in Polen einen Grad an Stabilität erreicht hat, der es jetzt erlaubt, daran zu denken, die Parteireihen zu erweitern. Dazu gehört allerdings die Erfüllung verschiedener Voraussetzungen.

Erste Voraussetzung ist, daß die auf dem Gebiet der Wirtschaft erreichte

Besserung sich weiterhin entwickelt. ZAMBROWSKI glaubt, daß die fortschreitende Stabilisierung der Wirtschaft Polens und die damit verbundene, wenn auch langsame Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung die wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß man das gesetzte Ziel zu verwirklichen beginnt.

Die zweite Bedingung ist das Wachsen der Kraft und Geschlossenheit der Partei selbst. Für ZAMBROWSKI ist die Steigerung der führenden Rolle der Partei in Polen eine unbestreitbare Tatsache. Diese gesteigerte Rolle der Partei sei Dank der"Überwindung der revisionistischen und dogmatischen Tendenzen in der Partei" erreicht worden.
Auch in den Betrieben wuchs die Rolle der Parteiorganisationen dank der Überwindung der Konflikte, die zwischen den Arbeiter- und Betriebsräten immer mehr zunahmen. D ie Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie hat wohl viel Anerkennung und Begeisterung bei "guten Parteimitgliedern", Parteilosen, Arbeitern, Bauern, und Vertretern der Intelligenz gebracht; löste allerdings auch viele anarchistische und liberale, ja sogar reaktionäre Tendenzen im ganzen Lande aus. Diese sind zum Teil schon überwunden, aber man muß immer noch wachsam sein, um sie wirksam bekämpfen zu können, wo immer sie auftreten.

ZAMBROWSKI sprach auch über Bedenken, daß der Prozentsatz der Arbeiter in den Parteiinstanzen immer noch zu niedrig sei. Er meinte:

"Das ist ein Problem, das im ganzen Lande aktuell ist. Aber durch künstliche, mechanische Maßnahmen läßt sich diese Situation nicht verbessern. Es geht dabei nicht darum, die nicht vorbereiteten Menschen durch Gewalt den Parteiinstanzen einzuverleiben, sondern darum, daß man das Niveau der allgemeinen, politischen und ideologischen Vorbereitung der Arbeiter hebt. Man hat hier Zahlen genannt, um zu beweisen, daß es zu viele Vertreter der Intelligenz in der Partei gibt. Es ist etwas Falsches in einer solchen zu allgemeinen Betrachtung dieses Problems. Man muß sich auf diese sehr wertvolle Volksintelligenz stützen und diese Menschen als sehr wertvolle Parteimitglieder behandeln. Man darf nicht zulassen, daß man diese Menschen als zweitrangige Parteimitglieder behandelt."

Diese Worte ZAMBROWSKIs verdienen besondere Aufmerksamkeit. Es ist allzu

bekannt, daß der Parteichef persönlich mit einem "Anti-Intelligenzler-Komplex" belastet ist, und daß er nicht selten dieser seiner Einstellung Ausdruck gegeben hat. Es war in der Zeit, als man in den Vertretern der Intelligenz Träger der "revisionistischen Abweichung" gesehen hat. Man darf den Worten ZAMBROWSKIs entnehmen, daß die Parteispitze diese Gefahr als überwunden betrachtet.

5) Stabilisierung des Jugendverbandes

Im Augustheft des theoretischen Parteiorgans "Nowe Drogi" befindet sich ein Beitrag des ersten Sekretärs des Verbandes der Sozialistischen Jugend - Marian RENKE. Ähnlich wie in der Partei erlebt dieser Verband eine Periode der Stabilisierung - so ist die Tendenz des Artikels.

"Man kann ruhig sagen",- so schreibt RENKE - "daß der Sozialistische Jugendverband (ZMS) heute alle Voraussetzungen besitzt, um in Kürze schon eine starke, ernst zu nehmende Organisation im Leben der Jugend und des ganzen Landes zu werden."

Noch vor einem Jahr war nach Meinung RENKEs der ZMS eine ideologisch und politisch schwache Organisation, die - sowohl von der Masse der Jugend als auch von dem Parteiaktiv isoliert - zum Handeln nicht fähig war. Allgemein herrschte damals die Auffassung: "Daraus wird nichts."
"Seit diesen Tagen hat sich aber viel geändert" - meint RENKE. "Der ZMS beschritt den schwierigen, aber nützlichen Weg der ideologischen und politischen Kristallisierung."
"Einen entscheidenden Einfluß haben hier die Prozesse der politischen Stabilisierung Polens und der Konsolidierung der Partei gehabt."

RENKE weist auf drei der wichtigsten Momente in dieser Verwandlung des ZMS hin: Die ideologische und politische Kristallisation fand unter dem Einfluß der Verwandlungen im ganzen Lande und in der Partei statt; war aber auch das Resultat eigener Überlegungen und Erfahrungen des Jugendaktivs. Das Problem des Aktivs der Vor-Oktober-Jugendorganisation ZMP wurde erfolgreich gelöst, so daß die überwiegende Mehrheit dieser Jugendfunktionäre sich jetzt im neuen Verband befindet. In den Kadern der ZMS-Mitglieder gibt es 97 % der ehem. ZMP-Leute. Definitiv macht man Schluß mit den Kompromissen und Zweideutigkeiten auf ideologischem Gebiet, seitdem der ZMS alle, also auch unpopuläre Sachen der Parteilinie zu realisieren begann.

Die Zahl der Mitglieder des ZMS ist jetzt zweimal so hoch wie Ende 1957. Jeden Monat kommen 10 bis 20000 Mitglieder hinzu. Fast 70 % der Mitglieder sind junge Arbeiter.

Der schwache Punkt der Organisation sind die Gruppen in den Mittel- und Hochschulen. In den Mittelschulen gibt es schon 15.000 und auf den Hochschulen einen kleinen Keim der Organisation. Aber es gibt noch kein Aktiv, das zur Arbeit auf diesem Gebiet vorbereiten würde.
Als Zentralproblem der Organisation bezeichnete RENKE für die Zukunft die Schulung des Aktivs. In dem jetzt vorhandenen Aktiv gibt es zwei Gruppen: Die alten Funktionäre des ZMP, die zwar über viel Erfahrung verfügen, allerdings auch viele schlechte Gewohnheiten der Routiniers haben, und das neue Aktiv, das zwar sehr eifrig bei der Sache, aber nicht genügend vorbereitet ist und dazu neigt, sowohl guten als auch schlechten Einflüssen zu erliegen.

Eine wichtige Maßnahme der Leitung der Jugendorganisation soll verhindern, daß sich weiterhin der Typ eines Jugendfunktionärs entwickelt, der sich darauf spezialisiert, wie man Versammlungen leitet und Ansprachen hält, im späteren Leben aber nichts anzufangen weiß. An die Stelle von Bürokraten sollen wirkliche Organisatoren kommen. Zur Arbeit im Organisationsaktiv werden nur solche Leute angenommen, die einen erlernten Beruf besitzen.

Für die ideologische und politische Arbeit unter den Organisationsmitgliedern gibt es noch keine endgültige Lösung - gestand RENKE. Dies sei das schwierigste Problem, vor dem die Organisation stehe, und man könne es nur in einer engen Anlehnung an die Partei lösen.

Die Ausführungen RENKEs erlauben die Schlußfolgerung, daß sich in der Jugendorganisation immer stärker die Tendenz durchsetzt, einen Jugendverband zu schaffen, der eigentlich ein reformierter ZMP wäre. Aus den Fehlern der Vergangenheit will man wohl lernen - das Prinzip bleibt aber das gleiche: Eine im Denken einheitliche, völlig der Partei unterworfene Jugendorganisation zustandezubringen.

II. Wirtschaft

1) GOMULKA auf dem Erntefest

Am Sonntag, dem 7. September, feierte ganz Polen das Erntefest. Im großen Warschauer Sportstadion, das 100.000 Menschen faßt, hielt Parteichef GOMULKA eine Rede an die Bauern. Allgemein fiel es auf, daß GOMULKA den Hauptteil seiner Ausführungen der Begründung der Notwendigkeit des sozialistischen Aufbaues in der Landwirtschaft widmete. Seit dem Oktober 1956 hat die Parteiführung eine realistische Haltung in ihrer Landwirtschaftspolitik eingenommen. Der Ausdruck dieser Politik war, daß man den Zerfall der Kolchosen nicht mit Mitteln des administrativen Druckes verhinderte, sondern daß man im Gegenteil den Standpunkt einnahm, daß es gar nicht nützlich ist, wenn nicht lebensfähige Produktionsgenossenschaften künstlich am Leben gehalten werden. Der Druck auf die Einzelbauern wich einer vernünftigen Politik der Unterstützung aller Faktoren, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu bringen versprachen.

Der Aufbau des Sozialismus auf dem Lande wurde als ein wohl ersehntes aber ziemlich fernes Ziel dargestellt.

Bei der letzten Rede GOMULKAs fiel es allgemein auf, daß eine Verschiebung der Akzente erfolgt war. GOMULKA betonte zwar, daß man auch künftig die Kollektivierung der Landwirtschaft nur auf freiwilliger Basis vornehmen wird, gleichzeitig betonte er aber auch sehr stark, daß die Zukunft der Landwirts chaft im Zusammenschluß der Bauern zu Kolchosen liegt.
Den Kollektivwirtschaften versprach er umfangreiche Hilfe des Staates.
Auch den Einzelbauern will man vom Staat Hilfe angedeihen lassen, so weit sie sich in der Steigerung der Produktion nützlich zeigt. Aber dieser Frage widmete GOMULKA im Gegensatz zu seinen früheren Reden sehr wenig Platz.

Hier einige der wichtigsten Ausschnitte aus seiner Rede:

"Im Vergleich zur Vorkriegszeit verkleinerte sich die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen pro 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche von ca. 50 auf 34. Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion pro einen dort Beschäftigten ist heute um 80 % höher als vor dem Kriege...

Dieser Zuwachs hält aber nicht Schritt mit den wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung von Stadt und Land."

"Wir wollen am Ende des nächsten Fünfjahresplanes, im Jahre 1965 die Hektarerträge der wichtigsten vier Getreidesorten auf 17 dz steigern...

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen unsere Bemühungen nicht nur auf einer organisierten Basis, sondern auch auf dem Wege des gemeinsamen kollektiven Handelns realisiert werden. In der Zusammenfassung der verstreuten Kräfte der Bauern stecken kollossale Möglichkeiten, das Tempo der landwirtschaftlichen Entwicklung und des Fortschrittes auf dem Lande zu steigern...

Unser Staat unterstützt und gewährt Vorrechte allen Formen von Kooperationen auf dem Lande und schafft günstige Voraussetzungen für die Gründung und Entwicklung des Kollektiveigentums unter den Bauern.

Wenn wir in die weitere Zukunft schauen, müssen wir feststellen, daß der Zustand unserer Landwirtschaft uns mit ernster Sorge erfüllt. Neuer Boden kann nicht aus nichts entstehen, die Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche bleibt unverändert, aber die Menschen auf dem Lande vermehren sich sehr schnell. Welche Zukunft erwartet also unsere Landwirtschaft, die heute zum größten Teil aus einzelnen Bauernhöfen besteht? Obwohl die Zahl der mittelgroßen Bauernhöfe beträchtlich angewachsen ist, obwohl viele kleine Bauerngehöfte im Laufe der Bodenreform vergrößert wurden, obwohl Massen der Landbevölkerung in die Städte abflossen, haben wir in Polen noch immer über 55 % an Bauerngehöften, die eine Fläche von 0,5 bis 5 Hektar besitzen. Darf man solche kleinen Gehöfte noch weiter teilen?
Oder kann aus der Produktion eines so kleinen Gehöftes ein einziger Erbe seine Geschwister auszahlen? Schon heute ist das Problem der Familienauszahlungen auf dem Lande eine unerträgliche Last, die vielen Bauern mit wirtschaftlichem Ruin bedroht. Man darf aber den Verfall solcher Gehöfte nicht zulassen, besonders wenn solche Erben Auszahlungen verlangen, die auf Kosten des Volksstaaten Arbeit und Verdienstmöglichkeiten in den nicht landwirtschaftlichen Berufen bekommen haben...

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß im Falle der Beibehaltung der jetzigen landwirtschaftlichen Struktur während des Lebens einer einzigen Generation eine große Zerstückelung der Gehöfte - und in der Folge eine Senkung der landwirtschaftlichen Produktion erfolgen würde.

Eine Sicherung der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und der ganzen Volkswirtschaft ist in der weiteren Perspektive nur auf dem Wege des Überganges zur genossenschaftlichen Produktionsform in der

Landwirtschaft möglich.
Für die Produktionsgenossenschaften spricht auch die Notwendigkeit, die Landwirtschaft zu mechanisieren. Sie ist aber nur bei größeren Anbauflächen möglich. Ohne die Kollektivierung der Landwirtschaft ist auch die Lösung des Problems, wie man die Unterschiede im Lebensstandard der Landbevölkerung abschaffen soll, nicht möglich.
Solange auf dem Lande die kleinkapitalistischen Produktionsformen existieren - so lange wird dort das Gesetz gelten: Die Reichen werden immer reicher, die Armen - immer ärmer. Die soziale Ungerechtigkeit wird erst dann voll beseitigt werden, wenn auf dem Lande der Sozialismus siegt.

Der Aufbau der Produktionsgenossenschaften erfolgt auf völlig freiwilliger Basis. Wir sind überzeugt, daß mit der Zeit die überwiegende Mehrheit der Bauern sich in der Überzeugung festigen wird, daß die kollektive Wirtschaft höher steht als die individuelle. Jedoch wäre es angebracht, wenn sich die Klein- und Mittelbauern schon heute über die Zukunft ihrer Gehöfte Gedanken machen würden, wie auch über die Zukunft ihrer eigenen Kinder."

In seinen weiteren Ausführungen schnitt GOMULKA das Problem der Steuerrückstände und der Pflichtablieferungen an. Die Bauern schulden dem Staat ca. 8 Milliarden Zloty. GOMULKA räumte ein, daß in vielen Fällen die Bauern unverschuldet in diese Situation geraten sind. "Es gibt aber ganze Bezirke und Dörfer", so meinte der Parteichef wörtlich, "die keine Steuern zahlen wollen. In solchen Fällen wird der Staat alle administrativen Mittel, die das Gesetz erlaubt, anwenden."

Die wirtschaftliche Lage Polens erlaube noch nicht die Abschaffung der Pflichtablieferungen. In hohem Grade ist das von den Bauern selbst abhängig. Vergrößerung der Produktion und Disziplin bei den Pflichtablieferungen und bei der Zahlung der Steuern ist hierfür die Voraussetzung.

Die Rede GOMULKAs endete mit gewissen antikirchlichen Akzenten. Ohne die Sache richtig beim Namen zu nennen, sprache GOMULKA von den "obskuren, rückständigen und intoleranten Kräften, welche das Volk zurück ins Mittelalter versetzen möchten."

Laut Information der Zeitung "Zycie Warszawy" vom 7. September betrug die letzte Saatfläche 9.585.000 ha. Die erwarteten Hektarerträge werden sich auf etwa 14,9 dz belaufen. Der Gesamtertrag wird voraussichtlich 13.650.000 to betragen. In Anbetracht der ungünstigen atmosphärischen Bedingungen in diesem

Jahre bezeichnet man diese Zahlen als einen Erfolg.

2) Ein unsozialer Wohnungsbau

Im März 1957 beschloß der Ministerrat, all denjenigen eine staatliche Hilfe zu gewähren, die aus eigenen Mitteln den Bau einer Wohnung vornehmen. Der Beschluß des Ministerrats bezog sich sowohl auf den Bau von Einfamilienhäusern als auch auf sogenannte Eigentumswohnungen in größeren Häusern. Nach mehr als einen Jahr nach Inkrafttreten des Beschlusses versucht die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 3. September, eine Bilanz der bisherigen Aktivität der privaten Bauherrn in Polen zu ziehen.

> "Die Folgen dieses Beschlusses ließen nicht lange auf sich warten. In den Städten begann eine rege Bautätigkeit von Einfamilienhäusern. Die schon vor langen Jahren begonnenen Bauten, die man damals aus steuerlichen und wohnungsamtlichen Gründen gestoppt hatte, wurden zu Ende geführt. Der Bau von neuen Häusern wurde begonnen, obwohl nicht alle als Einfamilienhäuser bezeichnet werden können."

Das Parteiblatt schreibt, daß manche Bauherren die für Einfamilienhäuser zulässige Fläche nicht überschritten haben, aber im Rahmen der zugelassenen Limits luxuriöse Villenbauten ausführten. Andere wiederum versuchten durch gerissene Tricks, die zulässige Wohnfläche zu erweitern.

Das Blatt kommt zu der Ansicht, daß die überwiegende Zahl der Bauherren aus dem Milieu der sehr gut verdienenden Privatinitiative oder gar aus Spekulantenkreisen kommen. Nach Ansicht des Blattes wäre es garnicht so verwerflich, wenn diese Kreise ihre Kapitalien in den Wohnungsbau investierten. Bedauernswert ist allerdings, daß diese Bauherren in den meisten Fällen die staatliche Kredithilfe in Anspruch nehmen, die man den privaten Erbauern von Wohnhäusern garantiert hat. Das bezieht sich auch auf die Zuteilung von Baumaterialien und Bauparzellen.

"Trybuna Ludu" erinnert, daß der Beschluß des Ministerrates den Bau eigener Wohnungen für die arbeitenden Menschen erleichtern sollte. Das war der Sinn dieser Maßnahme; man dachte dabei aber keineswegs denjenigen, die sich auf Kosten der Werktätigen bereichern, durch staatliche Hilfe den Bau luxuriöser Wohnungen zu ermöglichen.

In dem mit staatlichen Mitteln durchgeführten Wohnungsbau beträgt das Limit

für eine Durchschnittswohnung ca. 45 qm. Die Kosten einer solchen Wohnung betragen ca. 125.000 Zloty. Wer also eine größere und bequemere Wohnung haben will, der muß das aus eigenen Mitteln vollbringen - meint das Blatt. Allerdings wird ein arbeitender Mensch diese Mittel nicht aufbringen können.

Die bisherige Staatshilfe, die das Zustandekommen einer Art "sozialen Baues" von Einfamilienhäusern bringen sollte, wurde bis jetzt völlig falsch verwendet. Das Blatt empfiehlt, Sparbücher anzulegen, durch die jeder normal arbeitende Mensch für den Bau eines eigenen Wohnhauses sparen kann. Ist eine gewisse Summe auf dem Bausparkonto vorhanden, so kann der Staat mit seiner Kredithilfe den Sparer unter die Arme greifen. Voraussetzung ist allerdings die Garantie, daß der Bausparer tatsächlich die Sicherheit hat, daß dieses Programm realisierbar ist, so z.B., daß man ihm die Parzelle zeigen kann, auf der sein Haus errichtet werden kann, wenn er eine gewisse Summe gespart hat. Ferner daß die Baumaterialien in dem Augenblick, wo die Voraussetzung erfüllt ist, geliefert werden usw.

Der soziale Wohnungsbau, den der Beschluß des Ministerrates zustande bringen sollte, muß also erst begonnen werden.

III. Soziale Probleme

1) Beschäftigungslage in Polen

Aufgrund der neuesten statistischen Erhebungen vom Juli 1958 fallen auf jeden Arbeitssuchenden in Polen 6,3 freie Arbeitsplätze. Der größte Mangel an Arbeitskräften herrscht in Oberschlesien, den westlichen und den zentralen Wojewodschaften. Die Anforderungen des Kohlebergbaues konnten im ersten Halbjahr 1958 nur zu 70 % gedeckt werden.
Laut "Trybuna Ludu" vom 27. August beobachtet man im ganzen Land eine Erschöpfung der Reserven an Arbeitskräften, so weit es Männer betrifft. Sogar solche Gebiete, wie die Bezirke Krakau und Lublin, die traditionelle "Lieferanten" von Arbeitskräften waren, entwickeln jetzt eine Werbeaktion in anderen Gegenden Polens, um fehlende Arbeitskräfte zu gewinnen. Im II. Quartal 1958 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 144.000. Der größte Zuwachs kommt dem Bauwesen, der Baumittelindustrie, dem Handel und Transport zu.
Gleichzeitig sank die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um fast 60.000. Das ist die Folge der Liquidierung der Überbeschäftigung in den Produktionsbetrieben, die im Herbst vergangenen Jahres eingeleitet wurde.

Das Problem der Frauenbeschäftigung bleibt immer noch ungelöst. Während auf einen Arbeit suchenden Mann 15 freie Arbeitsplätze warten - beläuft sich die gleiche Zahl bei Frauen auf 1,8. In vielen Gegenden Polens und in vielen Branchen der Volkswirtschaft gibt es für Frauen keine Möglichkeit, eine Arbeit zu finden.

2) Schulbau - das dringlichste Problem des Schulwesens

Den Bau neuer Schulen bezeichnete der Volksbildungsminister GOMULKAs, Wladyslaw BIENKOWSKI, als das dringlichste Problem, vor dem das polnische Schulwesen steht. Der Minister erteilte dem Vertreter der Presseagentur PAP Antwort auf verschiedene Fragen seines Ressorts. Er musste dabei feststellen, daß die Zahl der jetzt durchgeführten Schulneubauten niedriger ist, als die neuen Erfordernisse, die aus dem Zuwachs der schulpflichtigen Jugend entstehen. In dem jetzt begonnenen Schuljahr ist die Zahl der Schüler um 300.000 höher als im Vorjahre. (Insgesamt ca. 4 Millionen).

BIENKOWSKI gab offen zu, daß der Staat nicht imstande ist, aus eigenen Mitteln eine ausreichende Zahl von Schulen zu bauen und kam mit dem Vorschlag,

man solle die wirtschaftliche Initiative der Bevölkerung bei dem Neubau von Schulen weitgehend ausnutzen. Solchen Schulbau, der auf genossenschaftlicher Basis erfolgen könnte, würde der Staat finanziell unterstützen.

Man denkt vor allem daran, die Gewerkschaften in die Aktion der Schulbauerweiterung einzuspannen. In den letzten Augusttagen fand in Warschau eine Plenarsitzung des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften statt, auf der die Probleme der Volksbildung und des damit verbundenen Schulbaues das Hauptthema war.

3) Neue Stipendienordnung für Hochschulstudenten

Die Regierung Polens bearbeitet augenblicklich einen Entwurf der neuen Stipendienordnung für Hochschulstudenten, dem die Postulate des Studentenverbandes in Polen zugrunde liegen. Nach diesem Projekt soll es drei Arten von Stipendien geben: Grundstipendium, Wohnungs- und Kantinenstipendium.

Für das Grundstipendieum gibt es einheitliche Sätze: Für das erste Studienjahr 450 Zloty, das zweite und dritte Studienjahr 500 Zloty und die weiteren Studienjahre 550 Zloty. Der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters beträgt 1300 Zloty. Bisher lag die Stipendienhöhe zwischen 300 und 400 Zloty. Studenten, die sich durch besondere Leistungen und Fähigkeiten hervortun, können vom begonnenen dritten Studienjahr an ein Spezialstipendium bekommen, das 850 Zloty beträgt. Während die Grundstipendien nur 10 Monate im Jahr gezahlt werden, werden die Spezialstipendien das ganze Jahr durch ausgezahlt.

Die Mieten in den Studentenheimen sollen von der bisherigen Höhe (9 bis 30 Zloty) auf 120 bis 180 Zloty erhöht werden. Gleichzeitig sollen die Studenten, die in den Heimen wohnen, ein Stipendium in Höhe von 120 Zloty bekommen.
Die Mahlzeiten in den Studentenkantinen sollen den tatsächlichen Lebensmittelpreisen angeglichen werden. Auch für diesen Zweck sollen die Studenten ein spezielles Stipendium erhalten.

4) "Reservate" der Intelligenz

Im ersten Septemberheft der Wochenzeitschrift "Nowa Kultura" findet man eine interessante Illustration über die Verteilung der Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium in Polen nach ihren Wohnsitzen. Aus dem Artikel von "Nowa Kultura" geht hervor, daß sich mehr als die Hälfte dieser Intelligenz-

vertreter in drei Zentren des Landes zusammengezogen haben. In Warschau leben 28 %, im oberschlesischen Industriegebiet 13 %, und in der Stadt Krakau und Umgebung 1o,5 %. In 12 Wojewodschaften Polens leben im Durchschnitt kaum mehr als je 2 % der Gesamtzahl der polnischen Intelligenz. Diese ungünstige Verteilung macht nicht nur eine kulturelle, sondern auch wirtschaftliche Entwicklung mancher polnischer Gebiete äußerst schwer.

B. Polen und das Ausland

Wirtschaftliche Zusammenarbeit Polens mit den Ostblockstaaten

Vor ein paar Monaten wurde beim Präsidium des Ministerrates ein Komitee für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland errichtet. Die Aufgabe dieses Komitees ist die Koordinierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland.

Der stellvertretende Vorsitzende des Komitees - Roman FIDELSKI - informierte am 5. September die polnische Presse über die aktuellen Probleme dieser Zusammenarbeit. Nach seinen Informationen werden jetzt mit den Mitgliedern des KOMEKON Gespräche über langjährige Handelsabkommen geführt. Polen will mit den Ländern des Ostblocks zweiseitige Abkommen schließen, die den Umfang und Charakter des Handelsaustausches in den Jahren 1961-65 festlegen. Der grundlegende Zweck dieser Abkommen ist die gegenseitige Sicherung der unentbehrlichen Rohstoffe, Einrichtungen und Industriewaren.

Am meisten fortgeschritten sind die Gespräche mit der Sowjetunion, mit der man schon ein Einleitungsprotokoll unterzeichnet hat. Mit der CSR werden die Gespräche im IV. Quartal 1958 beendigt sein.

Mit Jugoslawien, das nicht Mitglied des KOMEKON ist, wird die Situation dadurch komplizierter. Die mehrjährige Unterbrechung des Wirtschaftsaustausches hatte zur Folge, daß man sich heute noch nicht über die gegenseitigen Möglichkeiten und Bedürfnisse im klaren ist. In den letzten Monaten wurden viele Gespräche geführt, und man schuf ein Komitee für die polnisch-jugoslawische Zusammenarbeit. Ein neues Treffen der Wirtschaftsvertreter beider Länder ist für das IV. Quartal 1958 geplant.

Mit China unterzeichnete man bereits ein langjähriges Abkommen, das bis 1962 befristet ist. Man führte weiter "erfolgreiche" Gespräche über die Erweiterung dieses Abkommens.

Neben dem Warenaustausch spielt bei den Beziehungen zu den Ostblockländern der Transport, Eisenbahn, Fluß- und Seeschiffahrt, Postfragen usw. eine wichtige Rolle.

FIDELSKI meinte, daß die Touristik noch eine ungenügende Rolle spielt und die Möglichkeiten von Auslandsreisen polnischer Staatsangehöriger müßten bedeutend erweitert werden. Der erste Schritt auf diesem Gebiet werden die Gespräche sein, die man im Oktober mit Bulgarien führen will.

Der polnische Sprecher betonte die Bedeutung der sowjetischen technischen Hilfe für Polen. Er kam auch auf die wirtschaftlichen Kontakte Polens mit den westlichen Ländern zu sprechen. Diese Gespräche beschränken sich nicht nur auf den Warenaustausch. Polen ist Mitglied zahlreicher internationaler wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Organisationen und möchte seine Beteiligung an der Arbeit dieser Organisationen immer mehr ausbauen.